Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Reichsmark, für auswärts 0.35 Reichsmark, für das Ausland 0.50 Reichsmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Reichsmark, für auswärts 2.00 Reichsmark. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Reichsmark. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 R.-Mark. Postbezug für Monat November 2.00 Reichsmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich c Kr. 15. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich 0.90 Reichsmark, nach dem Auslande 1.20 Reichsmark. Einzelnummer 15 R.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 273 | Sonntag, 22. November 1925 | XXXIII. Jahrg.

Auf dem Wege zur Großen Koalition?

Die Sozialdemokraten stimmen für den Vertrag — Die Demokraten gegen die Kleine Koalition — Tod der Königinmutter von England

Die Richtlinien für Locarno

Heute Mitteilung an die Parteiführer

B. Berlin, 21. November. (Eig. Drahtbericht)

Der Kanzler wird heute vormittag, wie bereits gemeldet wurde, die Parteiführer empfangen, um ihnen die Richtlinien vorzulegen, die das Kabinett hinsichtlich der deutschen Delegierten mit auf den Weg nach Locarno gegeben hat. Auf Grund dieser Einsichtnahme werden, wie das Blatt des Außenministers schreibt, die Fraktionsführer ihren Fraktionen dann versichern können, daß, entgegen den deutschnationalen Behauptungen, die Richtlinien in allen Punkten von den Delegierten eingehalten worden seien, mit Ausnahme der Saarfrage und der Frage der Luftschiffahrt. Die Neuregelung der Bestimmungen über die Handelsluftschiffahrt ist in Locarno und leider auch im Rahmen der Rückwirkungen nicht gesichert worden. Ueber diese Fragen würde aber zur Zeit verhandelt, und zwar wäre dabei, was der „Täglichen Rundschau" als bedenksam erscheint, Deutschland völlige Gleichberechtigung gewährt, so daß sich eine unsrem Interessen entsprechende Neuregelung erwarten ließe. Die Vorverlegung der Abstimmung im Saargebiet soll auf eigenen Wunsch der Saarländer erst angebracht werden, wenn die Frage der Räumungsfristen geregelt sei. Auch in diesen beiden Punkten schlicht also die Rechnung keineswegs mit einem Minus ab. In allen übrigen Punkten aber ist das Programm durchgehalten worden, und da dieses Programm unter Mitwirkung und Billigung der drei deutschnationalen Minister aufgestellt wurde, müßte es, wie das Blatt schreibt, der deutschnationalen Reichstagsfraktion, wofern sie nicht ihre Minister preisgeben und sich über sie hinwegsetzen wollte, einigermaßen schwerfallen, die Haltung der Regierung in der Plenarsitzung zu bemängeln.

Man glaubt übrigens noch immer, daß der eine oder andre Deutschnationale bei der Abstimmung abspringen wird. Der deutschnationale Abgeordnete Bazille hat in seiner Eigenschaft als württembergischer Staatspräsident in der Konferenz der Ministerpräsidenten ja für Locarno gestimmt, und Herr Schiele hat sich auf drei Wochen beurlauben lassen. Im übrigen aber wird natürlich das Gros der Deutschnationalen geschlossen gegen die Locarno-Verträge stimmen. Mit ihnen werden sich die Völkischen und Kommunisten zusammenfinden. An der Annahme des Vertrages mit großer Mehrheit — in dieser Beziehung sind die Dinge glatter verlaufen, als man erwartet hatte — ist nicht mehr zu zweifeln.

Der Entschluß zur Gesamtdemission

B. Berlin, 21. November. (Eig. Drahtbericht)

Noch bis in die letzten Tage hinein war man in der Umgebung des Kanzlers der Auffassung, Dr. Luther würde für die Neubildung des Kabinetts sozusagen den Weg der Evolution wählen. Die zur Zeit unbesetzten oder provisorisch verwalteten Ressorts würden, nach Rücksprache mit den Fraktionen neue Chefs erhalten und bei der Gelegenheit würde dann gewissermaßen automatisch auch der Kreis der hinter der Regierung stehenden Parteien sich erweitern, eventuell ohne daß die neuen Minister unbedingt den Fraktionen selbst entnommen sein müßten. Dieser vernünftige Plan ist leider jetzt aufgegeben worden. Dr. Luther hat den Vertretern der Parteien, die er für gestern zu einer vorbereitenden Aussprache zu sich geladen hatte, erklärt, das Kabinett werde nur noch bis zur Unterzeichnung des Locarno-Vertrags im Amte bleiben und dann dem Reichspräsidenten die Gesamtdemission unterbreiten.

Das braucht noch nicht zu bedeuten, daß der Reichspräsident nicht Dr. Luther abermals mit der Regierungsbildung betraut und er als Kanzler auch der künftigen Regierung uns wiederkehrt. Aber es bedeutet doch wohl, wie man in unterrichteten Kreisen annimmt, daß man mit dem Minderheitskabinett der bürgerlichen Mitte nicht mehr ernsthaft rechnet. In der Tat wurde gestern in den Wandelgängen des Parlaments bereits lebhaft für die Große Koalition Stimmung gemacht: selbst von volksparteilichen Abgeordneten, denen man nachsagt, daß sie sich des besonderen Vertrauens des Außenministers erfreuen. Dabei hieß man dann immer wieder auf folgende Argumentation: die Minderheitsregierung der Mitte wäre ja doch nur — das ist auch von uns nicht bestritten worden — eine Zwischenlösung. Darum sei es besser, da man einmal beim Aufräumen und Umformen sei, gleich „ganze Arbeit" zu machen. Die Abneigung der Sozialdemokratie hält man in diesen Kreisen nicht für unüberwindlich. Da sie, woran kaum noch zu zweifeln ist, die Reichstagsauflösung entschieden nicht will, wie auch tatsächlich, trotz aller Drohungen ihrer Presse, ernsthaft niemals gewollt hat, würde sie wohl oder übel sich zu Zugeständnissen bequemen müssen.

Einstweilen ist man natürlich noch nicht so weit. Es wird vermutlich noch manche Widerstände gegen diesen Plan geben, u. a. wohl auch bei der Deutschen Volkspartei. Aber die allgemeine Tendenz geht doch wohl in der Richtung der Großen Koalition. Die habe, wie die „Germania" ausdrücklich versichert, das Zentrum einstimmig für das Gebot der Stunde erklärt. Dafür sind auch die Demokraten, welche die Beteiligung an einem Kabinett der Mitte ablehnen, solange hierfür keinerlei Sicherheit besteht, daß es nicht wahlweise einmal von links, einmal von rechts, selbst aus geringfügigen Gründen, gestürzt werden könnte. Leute, die das Talent haben, melodramatisch und in Apotheosen zu denken, malen sich ein künftiges Kabinett der Großen Koalition etwa so: Marx als Kanzler, Stresemann als Außenminister, Luther als Finanzminister, Seeckt als Reichswehrminister, das Innere, die Justiz und wohl noch ein andres Ressort mit Sozialdemokraten besetzt. Der siegreiche und der unterlegene Präsidentschaftskandidat nach ein paar Monaten der Trübung zu gemeinsamem Wirken vereint! Doch das sind Couleurgespinste. Die Erörterung von Personalien ist im Augenblick wohl überhaupt noch verfrüht.

*

Zu dieser die Verhältnisse auch nach unsern eingehenden eigenen Informationen richtig wiedergebenden Darstellung unsres Berliner B-Mitarbeiters ist zu sagen, daß uns nach wie vor der Rücktrittsentschluß des Kabinetts als ein erheblicher Fehler erscheint. Dieser Beschluß ist zustande gekommen durch den Glauben des Reichskanzlers an die unbedingte Entschlossenheit einzelner Parteien, es zu einer Reichstagsauflösung zu treiben. Wir können uns dem Eindruck nicht entziehen, daß der Reichskanzler dabei eine markierte Artilleriestellung mit gemalten oder hölzernen Kanonen allzu wirklich genommen hat und glauben nicht im geringsten an die ernste Absicht einer Partei, es zur Reichstagsauflösung zu treiben. Selbst wenn man die Dinge rein nach parteilichen Interessen beurteilt — eine Art, die wir stets bekämpfen —, kommt man am Schluß des Abwägens aller Gründe doch dahin, daß keine der für die Auflösung in Betracht kommenden Parteien oder Gruppen in diesem Augenblick ernsthaft an eine Reichstagsauflösung gedacht hat, außer den Kommunisten.

Nun wäre an sich eine Große Koalition, von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie mit Einschluß der Bayrischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei natürlich die tragfähigste Unterlage für eine Regierung, und es liegt auf der Hand, daß jede andre Regierung ein Notbehelf ist. Es ist auch begreiflich, daß die Demokraten sich sehr ungern zur Mitwirkung bei dem Notbehelf entschließen, aber die Einsicht in die Notwendigkeit, die Dinge jetzt nicht von der parteipolitischen Seite aus zu lösen, sondern diejenigen Maßregeln zur Regierungsbildung zu treffen, die vorläufig wenigstens auch den praktischen Erfolg versprechen, würde sich doch zweifellos auch in den Kreisen der Demokratischen Partei politisch auswirken, wenn dieselbe politische Einsicht die Sozialdemokratie dazu bringen würde, einem solchen Kabinett mit wohlwollender Neutralität gegenüberzustehen.

Solche Unterstützung einer praktikablen Auslandspolitik zu dem Zwecke, die inneren Verhältnisse nicht durch das Gegenteil noch unendlich zu verschärfen, wäre auch den sozialdemokratischen Wählern durchaus plausibel. Denn eine Verschärfung würde nicht nur zu innerpolitischen Unruhen führen, bei denen die Sozialdemokratie erfahrungsgemäß nichts, die extreme Linke allein zu gewinnen hat oder vielleicht noch die extreme Rechte als Nachfolgerin der ersten Nutznießer, sondern es würden mit der Anhäufung der außenpolitischen Schwierigkeiten und der Vernichtung der besten Ansätze, von hier aus auch die inneren deutschen Verhältnisse zu sanieren, immer wiederum nur die inneren Wirtschaftsschwierigkeiten in nicht auszudenkender Weise vermehrt und verschlimmert werden. Die Aussicht auf diesen schlimmen Kreislauf läßt also eine Lösung durch ein Kabinett der Mitte unter aktiver Beteiligung der Demokraten sehr wohl möglich erscheinen.

Vor der Katastrophe

Von deutschen Fürstenhöfen im Jahre 1918

Von Victor Naumann

Der nachstehende Aufsatz ist dem soeben bei Duncker u. Humblot in München erschienenen Buche Victor Naumanns „Profile", (80 Porträtskizzen aus den Tagen des Weltkrieges nach persönlichen Begegnungen. 417 Seiten, Preis 12 M.) entnommen. Der ehemalige Gesandte Dr. Viktor Naumann, der zu den klügsten Köpfen der deutschen Vorkriegsdiplomatie gehörte und dessen Rat selber an den maßgebenden Stellen zum Schaden Deutschlands nicht mit der Aufmerksamkeit gehört wurde, die ihm gebührt hätte, veröffentlicht in diesem Buche eine Reihe von Charakterskizzen ihm persönlich bekannter Männer und Frauen, die während des Weltkrieges eine aktive politische Rolle spielten. Naumann kam durch seine vielseitige Verwendung während des Krieges in Fühlung mit den verschiedenartigsten Persönlichkeiten. So sind in seinem Buche u. a. vertreten, um nur einige Namen zu nennen: Hertling, Kiderlen-Wächter, Freiherr v. Stumm, Jagow, Georg v. Gullmar, König Ludwig III. von Bayern, Kronprinz Wilhelm, Kronprinz Rupprecht, Kurt von Doerell, Graf Berchtold, Graf Stephan Tisze und viele andre. Das Buch gibt alle diese Einblicke in viele wichtige diplomatische und politische Vorgänge, die bisher noch unbekannt waren. Wir erhalten eine ganze Reihe von Aufschlüssen, die die politischen Ereignisse der letzten Zeit vor der Revolution besser aufklären als viele große Memoirenwerke.

Die Redaktion

In den ersten Tagen des Januar 1918 brachte mich der gleiche Anlaß (Verhandlungen über die Zukunft der von den Deutschen eroberten russischen Ostseeprovinzen. D. Red.), der mich zu meiner letzten Unterredung mit dem Oberhofmarschall (Graf Botho Eulenburg) geführt hatte, an einige deutsche Höfe. Ich hatte die Aufforderung erhalten, mich an sie zu begeben, weil man mit mir die Frage der Hohenzollern-Dynastie in den Randstaaten besprechen wollte und überhaupt sich politisch zu informieren gedachte. Denn das muß einmal ausgesprochen werden, die mittleren und kleineren deutschen Staaten, d. h. deren Fürsten und Minister, wurden während des Weltkrieges von Berlin so schlecht oder vielmehr gar nicht informiert, daß sie völlig im Dunkeln tappten. Darüber herrschte eine gewisse, sehr berechtigte Gereiztheit; denn schließlich und endlich standen die Bürger ihrer Staaten ebenfalls an der Front und handelte es sich um das Bestehen dieser Staaten und das Erhalten der Dynastien. Gewiß, man hat eingewendet, um Indiskretionen zu vermeiden, verhielte man sich so schweigsam. Das war eine ungenügende Entschuldigung. Man konnte sehr viel mitteilen, ohne diese Gefahr zu laufen, und was die Indiskretion anbelangt, so hätte man sich in Berlin zunächst an der eigenen Nase zupfen sollen! Man brauchte nur in die Berliner Klubs zu gehen, um mit Entsetzen zu bemerken, daß alte Klatschbasen Trappisten gegen manche Leute in bezug auf Beredsamkeit waren, Beredsamkeit, die durchaus nicht das Papagenoschloß des sogenannten Amtsgeheimnisses immer trug.

* * *

Zunächst fuhr ich nach Darmstadt. Der Großherzog Ernst Ludwig ist ein Mann von künstlerischen Allüren, lebhaftem, aber etwas unruhigem Geist, welche Eigenschaft ihm leicht das Thema im Gespräch wechseln läßt. Er ist klug, dabei etwas Sonderling. Er empfing mich à la turque, d. h. er saß mit untergeschlagenen Beinen auf einem Diwan, einer seiner Hemdknöpfe war dem Oberhemde entglitten, und seine ganze Toilette zeugte von genialischer Nachlässigkeit. Doch man unterhielt sich ausgezeichnet mit ihm, und politisch war er absolut für den Frieden, und zwar für den baldigen; er schien ein Freund der Westorientierung, natürlich war er über die Umwälzung in Rußland tief bewegt. Ohne jede Nachricht war er über das Geschick des Zaren, seines Schwagers, und das seiner Schwester, der Zarin. Er glaubte aber damals bestimmt, daß sie noch lebten.

Ich setzte dem Großherzog die Notwendigkeit der Parlamentarisierung nicht nur in Preußen, nein, auch in andern deutschen Staaten auseinander. Auch für eine solche in Hessen sprach ich mich dringend aus. Ich sagte ihm, ich selbst schwärmte absolut nicht für den reinen Parlamentarismus, aber Notwendiges müsse trotz aller persönlichen Empfindungen geschehen. Er forderte mich auf, mit seinem Ministerpräsidenten Ewald darüber zu reden. Ich tat dies — und fand in ihm einen innerlich begeisterten Anhänger des Dreiklassenwahlrechts. Der Großherzog war zu schwach, einzugreifen — leider, denn er selbst war als freigesinnt sehr beliebt und durchaus einem gesunden Fortschritt geneigt.

Das Diner sehr schlicht: Suppe, Hammelbraten und Mehlspeise, letztere, weil Gäste da waren, zum Gaudium der beiden jungen Prinzen. Die Großherzogin, die Schwester meines nunmehr verstorbenen Studiengenossen, des Fürsten Solms-Lich, sehr einfach, bürgerlich schlicht. Nach Tisch bat sie mich, nicht nur auf den Großherzog, sondern auch auf ihren Bruder, der Präsident der Ersten Hessischen Kammer war, zu wirken, damit auch er dafür arbeitete, daß man sich in Berlin für den Frieden einsetzte. Die Großherzogin hatte ein sehr gesundes Verständnis für die Lage. Ihr Gatte setzte auf den König von Bayern seine Hoffnung und forderte mich auf, dem König zu sagen, er sei zu jeder Aktion bereit, um auf den Frieden hinzuwirken; wenn Bayern hinter ihm stände, würde er sogar die Führung übernehmen. In bezug auf die Hohenzollernbundesfürsten in den Randstaaten war er meiner Meinung und hätte weit lieber, auch keine glückliche Idee, den Landgrafen von Hessen, den Schwager des Kaisers, dorthin geschickt. Er forderte mich auf, mit ihm in ständiger Verbindung zu bleiben. Das herannahende Verhängnis ließ alle diese Absichten nicht mehr zur Blüte kommen.

* * *

Von Darmstadt gings nach Schwerin, über Rostock, wo ich zwei Tage beim Herzog Adolf Friedrich und seiner jungen, leider bald darauf verschiedenen Gattin wohnte. In Schwerin weilte ich eineinhalb Tage. Ich fand den Großherzog und sogar den Herzog Johann Albrecht sehr eingenommen gegen die Hohenzollernpläne. Herzog Johann Albrecht geriet geradezu außer sich über sie, und ebenfalls der kluge Ministerpräsident war meiner Anschauung. Desgleichen muß ich unterstreichen, daß der Großherzog wie der Ministerpräsident Dr. Langfeld sich völlig darüber klar waren, daß eine freie Verfassung in Mecklenburg eingeführt werden müßte, und den harten Widerstand der Stände aufs tiefste beklagten. Der sonst so zurückhaltende Großherzog wurde völlig beredt, als er hiervon sprach, und versicherte mir, er werde nicht nachlassen in seinem Bemühen.

Große Hoftafel war im glänzenden Schloß. Alles prachtvoll gehalten, ausgezeichnet geführt im Gegensatz zu Darmstadt. Sehr viele Fürstlichkeiten waren anwesend. Ich saß neben der Großherzogin, bekanntlich einer geborenen Prinzessin von Cumberland, die ich schon von Rostock her kannte. Sie ist eine schüchterne, fast verschüchterte Frau, deren Schweigsamkeit berühmt ist. Aber sie taute auf: Wir hatten nämlich viele Berührungspunkte, da sie ja zum Teil die gleichen Lehrer wie ich gehabt hat. Ich fuhr von Schwerin fort in der Hoffnung, auch dort Hilfe für meine Bemühungen gefunden zu haben.

* * *

Sehr interessant war mein Besuch bei dem meiningischen Herzogspaar. Der Herzog, ein alter Soldat, dabei doch voll künstlerischer Begabung — als Sohn seines Vaters hat er viel Theaterinteresse gehabt und Musik zu antiken Dramen geschrieben —, ist im Grunde ein konservativer Mann. Aber er war einsichtig genug, anzuerkennen, daß die neue Zeit neue Formen verlange, und er sprach sich in scharfer Weise gegen gewisse Berliner Absichten aus. Vornehmlich war er der energischste Gegner der dynastischen neuen Pläne der Hohenzollern. Auch er verlangte ein Einschreiten der deutschen Fürsten in dieser Hinsicht. Wir sprachen sehr eingehend über das Thema, und er entschloß sich, mir einen Brief an den König von Bayern mitzugeben, der den König geradezu beschwor, zu handeln, damit kein Unheil geschehe. Der Herzog wollte dafür sorgen, daß nicht nur er, nein, auch andre Fürsten sich einem etwaigen bayrischen Vorgehen anschließen würden. Die Herzogin war mir eine sehr alte Bekannte; denn vor vielen Jahren hatte ich mit ihrem verstorbenen Bruder Waldemar gespielt, und wenn sie auch älter war als ich, hatte ich sie doch bei dieser Gelegenheit kennengelernt, und ich durfte mich rühmen, vielleicht ihr frühester Tanzherr gewesen zu sein. Natürlich sprachen wir zunächst von diesen Kindererinnerungen, und das Prinzessinnenpalais tauchte wieder vor uns auf, in dem der alte Herr Röntsch, der nur französisch mit uns sprach, uns in die Künste des Menuetts einzuweihen versuchte. Dann aber kam die Herzogin auf Ernsteres zu reden, und das früher so schöne Gesicht, das nun den Ausdruck schweren Leidens trug, wurde lebhaft und erregt; sie wendete sich der Politik ihres Bruders, des Kaisers, zu und sprach in sehr richtiger Weise über diese Politik. Vor allen Dingen verdammte sie die Günstlingswirtschaft. Sie sagte: „Der Kaiser ahnt gar nicht, in was für Händen er sich befindet, und seine

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19251122/1